

V1NEU Unterstützung für TVStud!

Gremium: 2. Länderrat 2022
Beschlussdatum: 18.12.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Neben Schule, Ausbildung und Studium noch zu arbeiten, um sich das Leben leisten
2 zu können, ist für viele junge Menschen nicht eine Ausnahme, sondern die Regel
3 geworden. Prekäre Arbeitsbedingungen sind hierbei die Alltagsrealität vieler.
4 Gerade in Zeiten von Preisteigerungen, Mieterhöhungen und sozialer Unsicherheit
5 sehen sich junge Menschen vor akuten finanziellen Sorgen, die aber auch vorher
6 schon präsent waren. Dass dieser Zustand kein Zufall ist, sondern strukturell
7 und politisch gewollt, sehen wir unter anderem an Arbeitsverhältnissen
8 studentischer Beschäftigter an Universitäten und staatlichen
9 Forschungseinrichtungen. Anstatt die katastrophale Unterfinanzierung der
10 Hochschulen anzugehen, wird die schlechte Bezahlung von Studierenden auch noch
11 ideologisch gerechtfertigt und der Job dort zum Teil der akademischen Ausbildung
12 erklärt. Ein Lohn, der sich, wenn überhaupt, nur knapp über dem Mindestlohn
13 bewegt, reicht bei begrenzter Arbeitszeit und noch immer viel zu schlechten
14 Bedingungen im BAFöG nicht zum Überleben, und häufig nicht mal für die Miete.
15 Andersrum bedeutet das auch, dass man sich die Arbeit und den Zugang in die
16 Forschung und in der Universität erst einmal leisten können muss, denn von
17 dieser Beschäftigung allein wird man nicht über die Runden kommen. Das lassen
18 wir uns nicht gefallen!

19 Deshalb erklärt sich die Grüne Jugend solidarisch mit der Initiative „TVStud –
20 Tarifvertrag für Studentische Beschäftigte jetzt!“ und unterstützt die
21 politische Forderung nach einem Tarifvertrag zur Verbesserung der Arbeits- und
22 Vertragsbedingungen von Studentischen Beschäftigten.

23 Deswegen werden wir die Tarifauseinandersetzungen und die aufkommenden Streiks
24 mit unseren Gliederungen vor Ort und in den Ländern unterstützen und uns
25 strategisch mit ihnen vernetzen, um gemeinsame Hebel zu finden und den
26 öffentlichen Druck zu erhöhen.

27 Die Blockadehaltung durch den Arbeitgeberverband TdL (Tarifgemeinschaft
28 deutscher Länder) muss endlich aufgehoben werden. Dazu fordern wir die
29 Finanzministerien der Bundesländer dazu auf, sich in den Tarifrunden der Länder

30 dafür einzusetzen, dass diese Tariflücke im öffentlichen Sektor endlich
31 geschlossen wird.

32 Wir setzen uns dafür ein dass innerhalb von Bündnis 90 / Die Grünen ein
33 Bewusstsein für dieses Ziel und eine Sensibilisierung für das Thema Tarifbindung
34 geschaffen wird.